ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Sonnenburg, Anja; Stöver, Britta; Wolter, Marc Ingo

Working Paper

Ansatzpunkte zur Abschätzung der ökonomischen Folgen der Flüchtlingszahlen

GWS Discussion Paper, No. 2015/17

Provided in Cooperation with:
GWS - Institute of Economic Structures Research, Osnabrück

Suggested Citation: Sonnenburg, Anja; Stöver, Britta; Wolter, Marc Ingo (2015) : Ansatzpunkte zur Abschätzung der ökonomischen Folgen der Flüchtlingszahlen, GWS Discussion Paper, No. 2015/17, Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS), Osnabrück

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/156293

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GWS
SPECIALISTS IN
EMPIRICAL ECONOMIC
RESEARCH

GWS DISCUSSION PAPER 2015 / 17

Ansatzpunkte zur Abschätzung der ökonomischen Folgen der Flüchtlingszahlen

Anja Sonnenburg
Britta Stöver
Marc Ingo Wolter

Impressum

AUTOREN

Anja Sonnenburg

Tel: +49 (541) 40933-297, Email: sonnenburg @ gws-os.com

Britta Stöver

Tel: +49 (541) 40933-250, Email: stoever @ gws-os.com

Dr. Marc Ingo Wolter

Tel: +49 (541) 40933-150, Email: wolter @ gws-os.com

TITEL

Ansatzpunkte zur Abschätzung der ökonomischen Folgen der Flüchtlingszahlen

VERÖFFENTLICHUNGSDATUM

© GWS mbH Osnabrück, Oktober 2015

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers/der Verfasser und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der GWS mbH wider.

HERAUSGEBER DER GWS DISCUSSION PAPER SERIES

Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH

Heinrichstr. 30

49080 Osnabrück

ISSN 1867-7290

Das Discussion Paper im Überblick

1 Dynamik der Zuwanderung 1

2 Statistiken zur Flüchtlingseinwanderung – Vorliegende Informationen 2

2.1 Migration insgesamt – Asyleinwanderung neben übrigen Wanderungskanälen 2

2.2 Asylmigration im Detail 4

2.3 Alters- und Geschlechtsstruktur der Flüchtlingszuwanderung 6

2.4 Abschätzung der Zuwanderung 2015 bis 2020 8

3 Gesamtwirtschaftliche Rechenwerte als Strukturgeber möglicher Folgen der Flüchtlingsbewegungen 9

3.1 Bruttoinlandsprodukt zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit 9

3.2 Folgen für Produktion und Nachfrage 10

3.3 Folgen für den Arbeitsmarkt 17

4 Zentrale Rolle der Integration aus ökonomischer Sicht 18

5 Literatur 20

1 DYNAMIK DER ZUWANDERUNG

Am 28. April 2015 gab das Statistische Bundesamt seine neue 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (KBV) bekannt. Beide dort verwendeten Wanderungsannahmen gehen davon aus, dass die Anzahl der Nettozuwanderung von 500 000 Personen im Jahr 2015 bis 2020 auf 100 000 bzw. 200 000 ***sinken*** wird (StBA 2015a). In der 12. KBV war noch angenommen worden, dass die Nettozuwanderung von -30 000 im Jahr 2009 bis 2014 auf 100 000 bzw. bis 2020 auf 200 000 ***steigen*** wird. Die Einschätzung hinsichtlich der Zuwanderung hat sich auch wegen der Beobachtungen der Jahre nach 2009 deutlich geändert. Schon diese Einschätzungsänderung hat deutliche Wirkungen auf die demografische Situation vor Ort. Seit Langem erwartet Deutschland zumindest vorübergehend wieder eine steigende Bevölkerung. Das führt zu weitreichenden Wirkungen auf die ökonomische Entwicklung (Stöver & Wolter, 2015): Betroffen sind vor allem die Bauinvestitionen, die Konsumnachfrage des Staates und der privaten Haushalte, die Exportnachfrage und der Arbeitsmarkt.

Kaum zehn Tage nach der Veröffentlichung der 13. KBV gibt das Innenministerium am 8. Mai 2015 (BMI 2015b) bekannt, dass die Flüchtlingszahl 2015 450 000 Personen betragen wird. Im August wurden die Prognosen auf 800 000 Personen korrigiert (BAMF 2015, Prognoseschreiben zur Zahl der im Verteilsystem EASY registrierten Personen nach § 44 Abs. 2 AsylVfG). Zuletzt (September) spricht der Bundeswirtschaftsminister von 1 000 000 Personen. Die Zahlen galoppieren. Es schließen sich verschiedene Fragen an: (1) Wie viele werden tatsächlich zuwandern? Neben den Flüchtlingen müssen noch die „normalen“ Migranten (z. B. EU-Bürger oder „Blue Card EU“) berücksichtigt werden. (2) Kann angesichts der anhaltenden Krisen entlang des Mittelmeers, bis nach Afghanistan von einem anhaltenden Zustrom an Flüchtlingen ausgegangen werden, vielleicht über Jahre? (3) Wollen die Flüchtlinge nach Beendigung der Krisen wieder zurück? (4) Welche Entwicklung wird der Familiennachzug auf die Zuwanderung angesichts der hohen Zahl männlicher Flüchtlinge haben?

Die steigende Zuwanderung, welche insbesondere durch die Flüchtlingszahlen zustande kommt, überrascht sowohl in der Höhe als auch in der Geschwindigkeit. Für die kommenden Jahre bedeutet sie weitreichende Folgen für die Gesellschaft in Deutschland. Ein Teilaspekt sind die ökonomischen Folgen dieser Flüchtlingsbewegungen. Um diesem gerecht zu werden, sind sowohl mögliche oder tatsächliche Kosten, aber auch Erträge zu berücksichtigen; gleichzeitig sind die zeitlichen Übergänge (z. B. Nachzug von Familien, Dauer bis zum Eintritt auf den Arbeitsmarkt, Flüchtlingshaushalt zur einem „normalen“ Haushalt) entscheidend für die ökonomischen Folgen im Zeitverlauf. Schließlich ist die regionale Dimension – also die Verteilung auf die Bundesländer – zu beachten.

Der folgende Text widmet sich der Identifizierung von Anknüpfungspunkten bzw. Parametern, die einen Zusammenhang zwischen der Flüchtlingsbewegung und der ökonomischen Entwicklung ergeben. Um einen möglichst vollständigen Zusammenhang darzustellen, werden dazu gesamtrechnerische Rechenwerke verwendet. Es geht darum, aufzuzeigen, welche Buchungen und Positionen im volkswirtschaftlichen Buchführungssystem

der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) betroffen sind und welche Erklärungsansätze für die Veränderungen dazu vorliegen.

Aus ökonomischer Sicht ergeben sich folgende zentrale Handlungsfelder:

(1) Wohnraumsituation kurz- und langfristig (Bund, Länder und Kommunen)
(2) Arbeitsmarkt (Anerkennung, Ausbildung, Weiterbildung, Eingliederung etc.)
(3) Staatsausgaben und -konsum (insbesondere Bildungswesen und Arbeitslosenversicherung)
(4) Konsumverhalten der Flüchtlingshaushalte
(5) Exporte (Vergrößerung des Produktionspotenzials und Erschließung neuer Märkte)
(6) Finanzierung der Investitionen und der Transfers
(7) Monitoring des Prozesses

2 STATISTIKEN ZUR FLÜCHTLINGSEINWANDERUNG – VORLIEGENDE INFORMATIONEN

2.1 MIGRATION INSGESAMT – ASYLEINWANDERUNG NEBEN ÜBRIGEN WANDERUNGSKANÄLEN

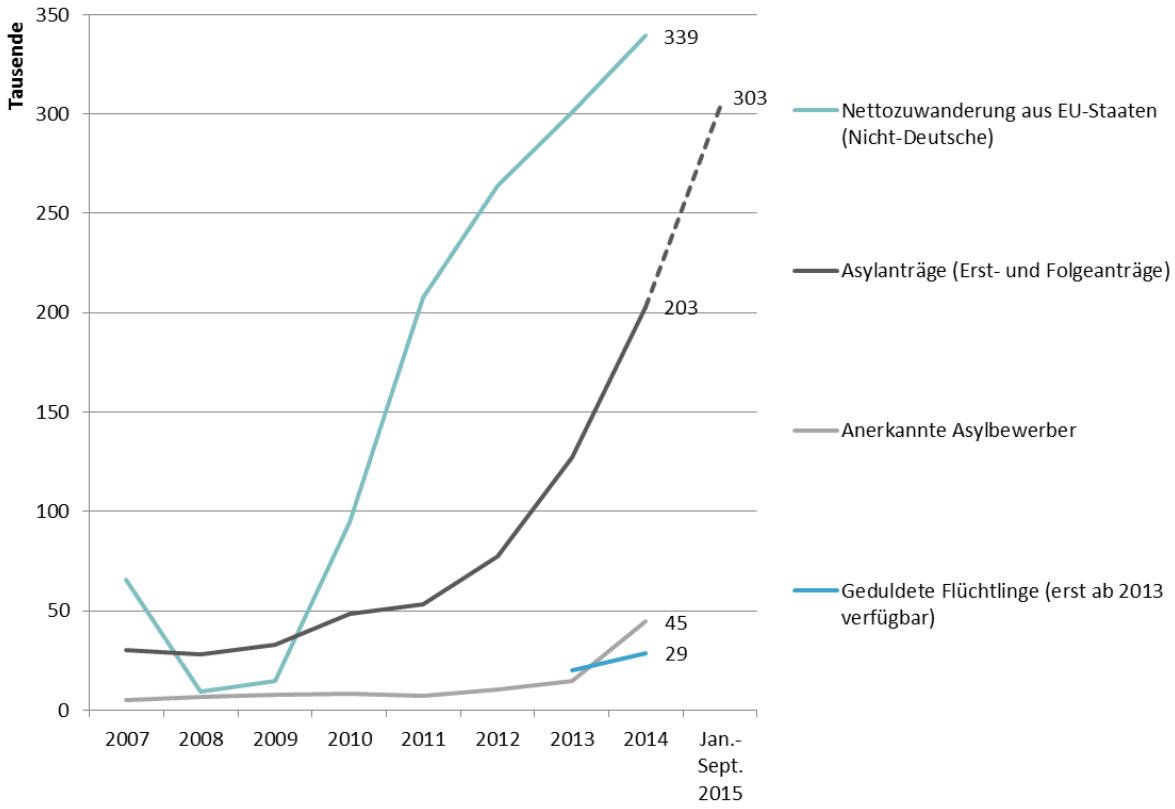
Im aktuellen Jahr (2015) wird der Flüchtlingszustrom in Deutschland den voraussichtlich höchsten Stand seit dem Jahr 1992 erreichen und gleichzeitig ist auch die übrige Migration, die sich hauptsächlich aus EU-Bürgern zusammensetzt, auf beträchtlichem Niveau. Deutschland erfährt in Folge ein historisches Maß an Zuwanderung.

Anstieg der Zuwanderung

Die Zahl der ***Asylanträge*** ist seit dem Tiefpunkt im Jahr 2006 zunächst langsam gewachsen, nahm seit 2011 aber stetig an Fahrt auf und wird in diesem Jahr voraussichtlich drastisch steigen (s. Abbildung 1). Bis zum letztverfügbaren Datenzeitpunkt im September 2015 lag die Zahl der Asylanträge mit rund 303 000 deutlich höher als im gesamten Jahr 2014. Die tatsächliche Zahl der Flüchtlinge ist zudem noch weitaus größer, da die Annahme der Asylanträge oftmals zeitverzögert nach der erstmaligen Registrierung der Asylbegehrenden stattfindet. Mit der Vielzahl an Asylanträgen stieg auch die Zahl der anerkannten Flüchtlinge zuletzt an. Hinzu kommen die ***geduldeten*** Flüchtlinge, die trotz abgelehnten Asylantrags in Deutschland verbleiben, deren Anzahl 2013 sogar über der Zahl der anerkannten Flüchtlinge lag. Abseits dieser Flüchtlingsbewegungen ist Deutschland mit einem Wanderungsüberschuss von zuletzt 339 000 Personen weiterhin Ziel vieler Migranten aus EU-Ländern, die hauptsächlich zu Zwecken der Ausbildung oder der Erwerbstätigkeit einwandern. Auch diese Zahl zeigte seit 2011 einen stark aufwärts gerichteten Verlauf.

Die EU- und die Asylzuwanderung bilden die zwei Hauptkomponenten der Migration nach Deutschland; die verbleibende Differenz zur gesamten Nettomigration (nicht abgebildet) setzt sich nach eigenen Berechnungen aus sonstigen Drittstaatenangehörigen zusammen, die zuletzt schätzungsweise 100 000 Personen umfassten.

Abbildung 1: Asylmigration und EU-Zuwanderung nach Deutschland



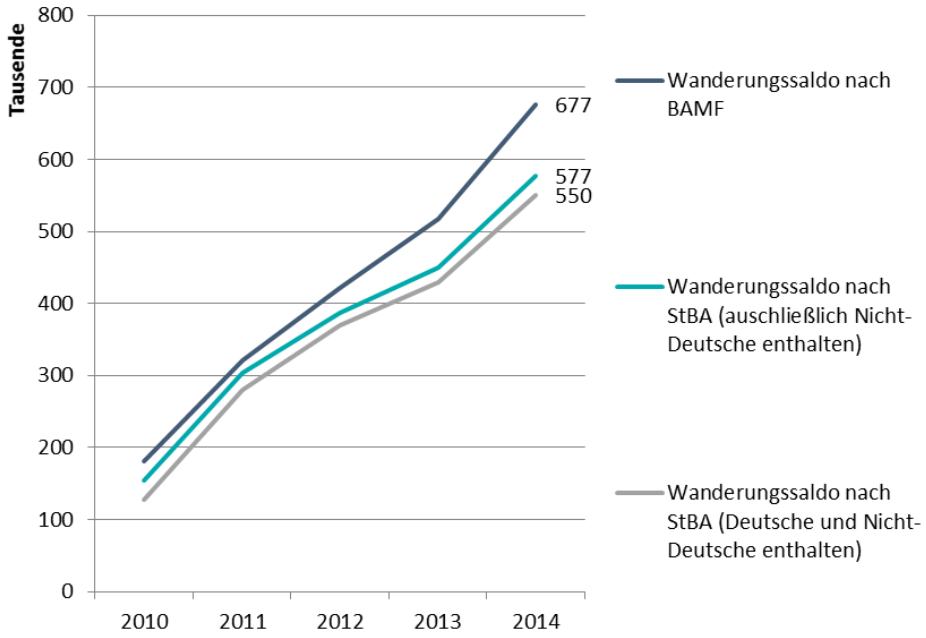
Quelle: BAMF 2015b,c, BMI 2015, eigene Berechnung und Darstellung

Unterschiedliche Datenquellen und Erfassungen

Die Zahl der gesamten Nettomigration bzw. des gesamten Wanderungssaldos wird sowohl in der ***Wanderungsstatistik*** des Statistischen Bundesamts (StBA) als auch im ***Wanderungsmonitoring*** des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfasst. Die zwei Quellen weisen jedoch unterschiedlich große Zahlen aus, da letztere auf dem Ausländerzentralregister basiert und ausschließlich nicht-deutsche Personen registriert, die sich längerfristig (ab ca. drei Monate) in Deutschland aufhalten. In die Statistik des StBA fließen hingegen alle Vorgänge von An- und Ummeldungen bei den Meldebehörden sofort ein. Asylbewerber sind in ihr – anders als in der BAMF-Statistik – jedoch nicht vollständig enthalten (BAMF 2015c).

Die Nettomigration in Deutschland lag laut Statistik des BAMF im Jahr 2014 trotz der verzögerten Registrierungspraxis des Bundesamts mit einem Plus von 677 000 Personen deutlich über der Zahl des StBa von 577 000 Nicht-Deutschen (s. Abbildung 2). Der Unterschied in Höhe von 100 000 Personen begründet sich durch den Zuzug von Asylbewerbern, der z. B. in den Jahren 2010 und 2011 mit geringeren Differenzen weniger zahlreich war. Vom StBA wird ebenfalls die Nettomigration aller Personen (Deutsche und Nicht-Deutsche) ausgegeben, die kleiner ist als die oben genannten Zahlen, da Deutsche zahlreicher auswandern als (wieder) einwandern und den gesamten Wanderungssaldo damit leicht nach unten korrigieren. Die tatsächliche Höhe des Wanderungsüberschusses ist aus der Datenlage demnach nicht eindeutig ablesbar.

Abbildung 2: Höhe der Nettomigration in Deutschland nach BAMF und StBA



Quelle: BAMF 2015b, BMI 2015, StBA 2015b,c, eigene Darstellung

2.2 ASYLMIGRATION IM DETAIL

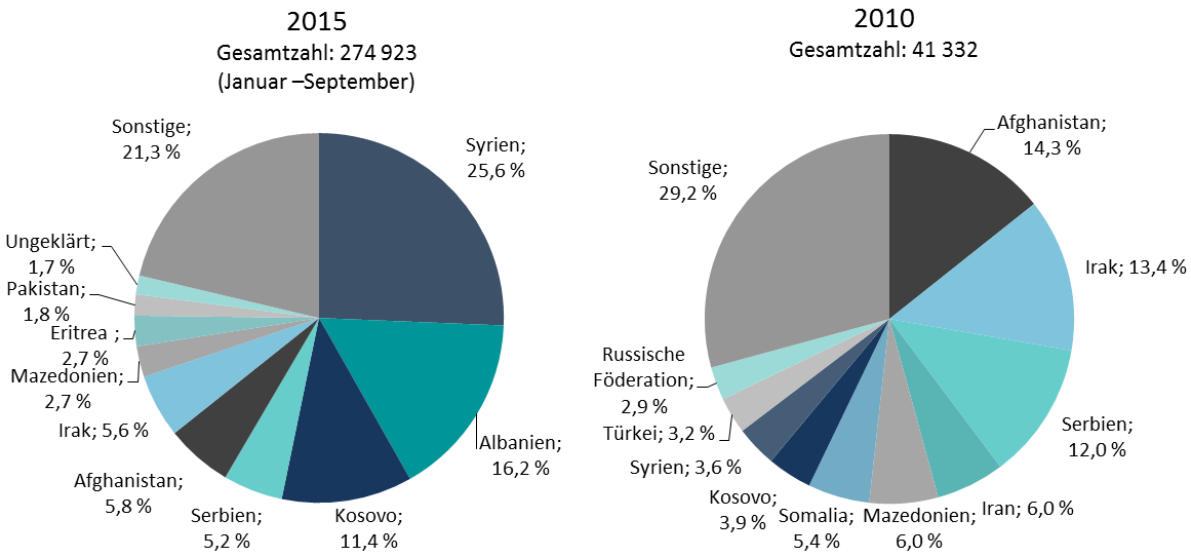
Die Hauptherkunftsländer der Asylantragssteller sind in diesem Jahr bis zum aktuellen Rand im August zum einen die vom Bürgerkrieg bzw. vom IS-Terror betroffenen Regionen in Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea und Pakistan, aus denen insgesamt 40 % der Flüchtlinge stammen (s. Abbildung 3). Auch vor fünf Jahren zählten Afghanistan und Irak bereits zu den Hauptherkunftsländern, sowie Somalia als weiteres Bürgerkriegsland. Der Anteil der Syrer war 2010 noch wesentlich geringer, sodass anteilig weniger Asylbewerber aus akuten Krisengebieten kamen.

Derzeit stammen 36 % der Flüchtlinge aus den Balkanstaaten Albanien, Kosovo, Serbien und Mazedonien, während es 2010 mit einem Anteil von insgesamt 22 % deutlich weniger waren. Die Asylzuwanderung ist damit stärker auf einige Länder konzentriert als noch vor fünf Jahren. So sind den Top 10 der Herkunftsländer heute fast vier Fünftel der Asylsuchenden zuzuordnen; sonstiger Herkunft sind nur 21 % von ihnen (2010: 70 % vs. 29 %) (BAMF 2015b, BMI 2012).

Die Asylbewerber werden anhand des sogenannten Königsteiner Schlüssels (BMAF 2015c), der das Steueraufkommen und die Bevölkerungszahl der Bundesländer berücksichtigt, in die Erstaufnahmestellen verteilt (s. Abbildung 4). Infolge dessen nimmt Nordrhein-Westfalen mit einer Quote von rund 21 % die meisten Flüchtlinge auf, gefolgt von Bayern (15 %), Baden-Württemberg (13 %) und Niedersachsen (9 %). Bremen (0,9 %), das Saarland (1,2 %) und Mecklenburg-Vorpommern (2 %) haben auf der anderen Seite die niedrigsten Aufnahmeverpflichtungen. In Bezug auf die bislang registrierten Asylanträge in Höhe von rund 303 000 (Stand: September 2015) sind in NRW demnach rund 64 000 Flüchtlinge untergebracht, in Bayern und Baden-Württemberg bislang etwa 47 000 bzw. 39 000. In den ostdeutschen Flächenländern – mit Ausnahme Sachsens – sowie in

Hamburg, Bremen und im Saarland sind bislang jeweils zwischen 2000 und 10 000 Menschen in den Erstaufnahmestellen angekommen (BAMF 2015a,c).

Abbildung 3: Herkunftsländer der Asylantragssteller 2015 und 2010 (nur Erstanträge), in %



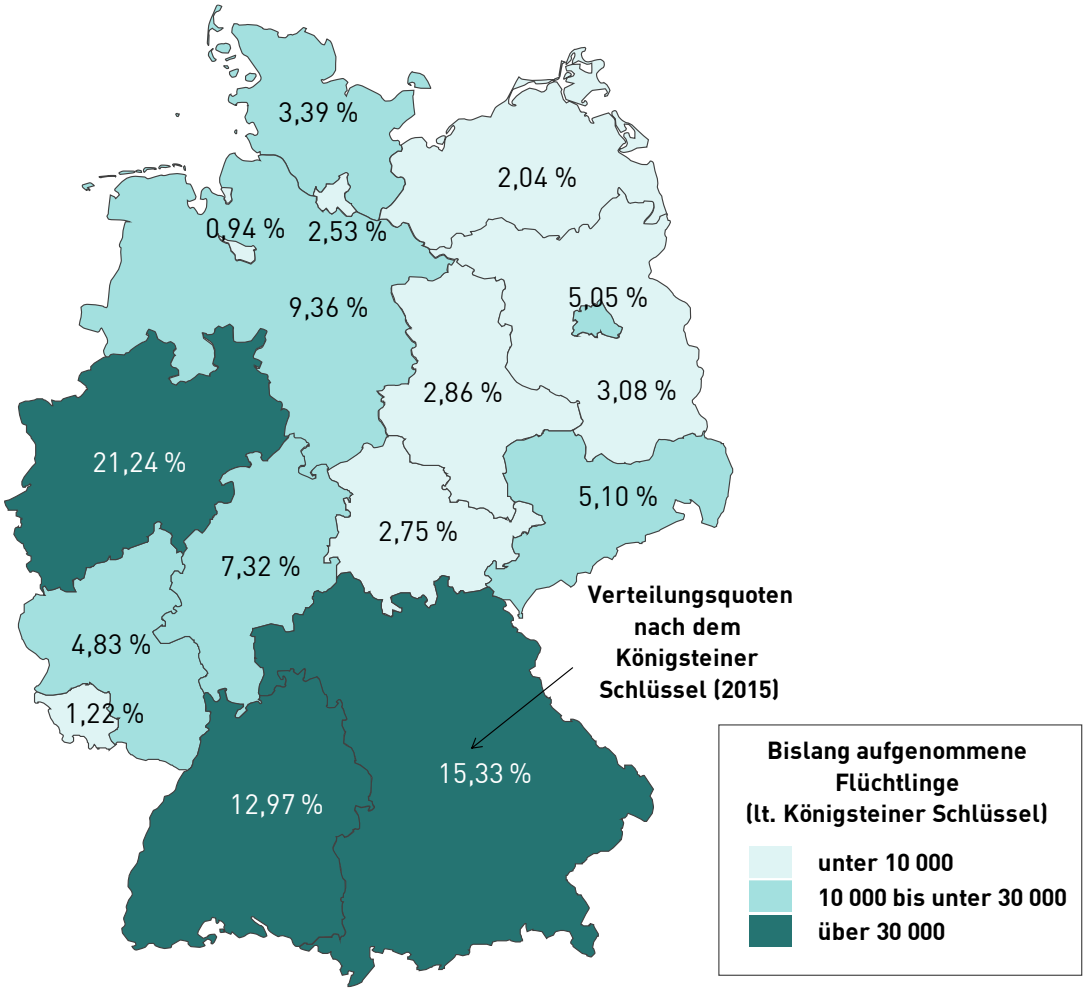
Quelle: BAMF 2015b, BMI 2012, eigene Darstellung

Mit der Vielzahl der Asylsuchenden und den schwindenden Kapazitäten entstehen jedoch Differenzen zwischen dem tatsächlichen Anteil der Flüchtlinge und der quotengerechten Verteilung. Flüchtlinge verbleiben dann in dem jeweiligen Bundesland, in das sie zuerst einreisen, weshalb insbesondere Bayern momentan wahrscheinlich mehr Flüchtlinge beherbergt als vorgesehen. Bei einem anhaltend hohen Flüchtlingszustrom könnte die bisherige Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel in Frage gestellt werden.

Bis einschließlich September wurden knapp 175 000 Entscheidungen über Asylanträge getroffen, woraus sich eine ***bereinigte Schutzquote*** von 50 % errechnet (BAMF 2015a).[1] Voraussichtlich wird ein Großteil der aus den Bürgerkriegsregionen stammenden Flüchtlingen ein Bleiberecht erhalten, während die Asylbewerber aus den Balkanstaaten deutlich geringere Chancen auf einen positiven Bescheid haben. Für das Jahr 2014 liegen die Entscheidungsquoten auch differenziert nach Herkunftsland der Antragssteller vor. Bei Anwendung dieser länderspezifischen Quoten auf die bisherige Länderverteilung der 304 000 Asylanträge ergibt sich – hochgerechnet auf das Jahr 2015 – eine bereinigte Schutzquote von 46 %. Sollte die Länderverteilung bis Ende des Jahres stabil bleiben und das Bundesamt seine Entscheidungen nach den gleichen Maßstäben treffen wie bisher, werden 2015 demnach 46 % der Antragssteller in Deutschland bleiben dürfen. Bei einer zurzeit angenommenen Einreise von 800 000 Asylbewerbern würde dies den Verbleib von gerundet 365 000 Flüchtlingen in Deutschland bedeuten (BAMF 2015b).

[1] Es werden diejenigen Asylbewerber herausgerechnet, deren Antrag sich erübrigt (weil z. B. ein anderes EU-Land zuständig ist, sog. „formelle Verfahren“), wonach die Betroffenen – um diesen Faktor bereinigt – derzeit in rund der Hälfte der Entscheidungen in Deutschland bleiben dürfen.

Abbildung 4: Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer nach dem Königsteiner Schlüssel)*



*) Basis: Asylantragszahl von 303 443 (Stand: 09/2015)

Quelle: BAMF 2015a,c

2.3 ALTERS- UND GESCHLECHTSSTRUKTUR DER FLÜCHTLINGS-ZUWANDERUNG

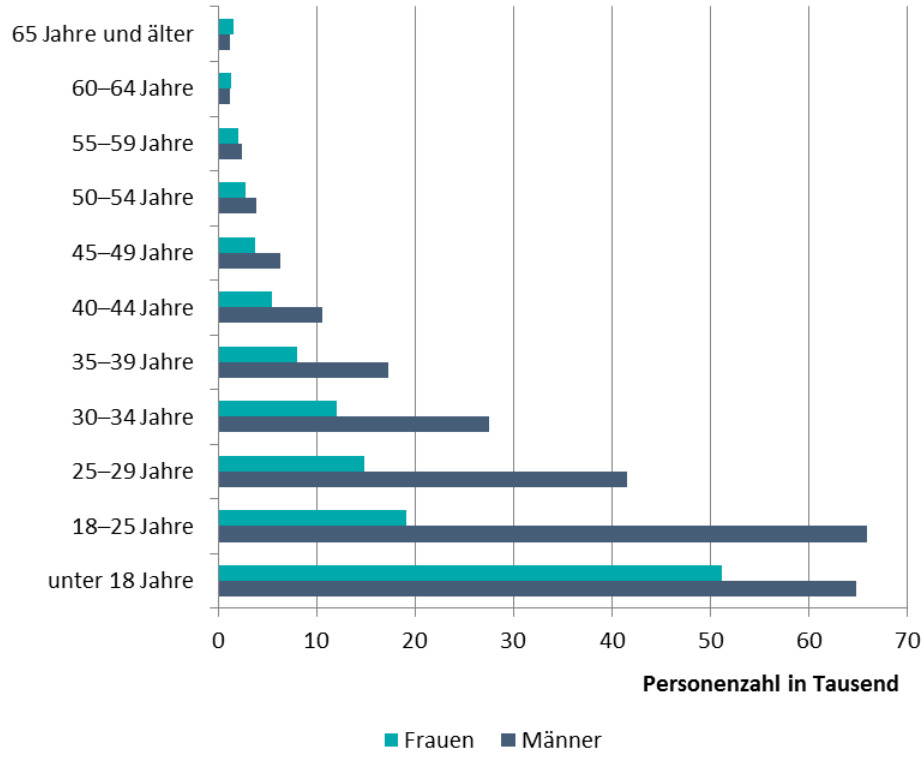
Informationen über Alter und Geschlecht der Flüchtlinge sind bisher nur für die Vorjahre bis 2014 verfügbar (BAMF 2015b). Aufgrund der Stabilität der Zahlen in den vergangenen Jahren kann die Verteilungen aber als unverändert angenommen werden. Mit dem großen Anteil von Männern und der jungen Alterszusammensetzung differiert die Struktur der Zuwandernden merklich von jener der Bevölkerung in Deutschland. 70 % der Asylbewerber sind unter 30 Jahre alt und nahezu ein Drittel ist minderjährig, während in Deutschland nur 30 % der Bevölkerung zu den Altersgruppen unter 30 zählen und Minderjährige 16 % aller Einwohner stellen (BAMF 2015b, StBA 2015d).

Neben der jungen Altersstruktur ist der hohe Männeranteil von insgesamt rund zwei Dritteln kennzeichnend für die Flüchtlingszuwanderung. Einzig in den Altersgruppen der über 55-Jährigen sowie unter Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren ist das Geschlechterverhältnis annähernd ausgeglichen, wogegen in den übrigen Altersgruppen auffallende

Männerüberschüsse verzeichnet werden. Insbesondere die Gruppen der 18 bis unter 35-Jährigen stechen durch Männeranteile in Höhe von 70 bis 78 % heraus. Zum Vergleich: In Deutschland sind die Geschlechteranteile in allen Altersgruppen – mit Ausnahme der über 65-Jährigen – gleichmäßig verteilt und entsprechen einem Verhältnis von 50 zu 50 oder 49 zu 51 % (BAMF 2015b, StBA 2015d).

Die Flüchtlingszuwanderung wird somit zu einer stärkeren Besetzung der jüngeren Altersgruppen in Deutschland führen und den Anteil der Männer erhöhen. Abbildung 5 zeigt, dass allein im aktuellen Jahr unter der Annahme von 365 000 dauerhaft bleibenden Flüchtlingen ein rechnerisches Plus von rund 116 000 Kindern und Jugendlichen entsteht. Auch die Gruppen im jüngeren Erwachsenenalter sind stark besetzt und deuten auf eine wachsende Zahl potentiell erwerbsfähiger Einwohner in Deutschland hin.

Abbildung 5: Zahl der Flüchtlinge nach Altersgruppen und Geschlecht 2015 (Prognose) *)



*) Basis: 365 000, Annahme: 46 % der 800 000 verbleiben in Deutschland

Quelle: BAMF 2015b, eigene Berechnung und Darstellung

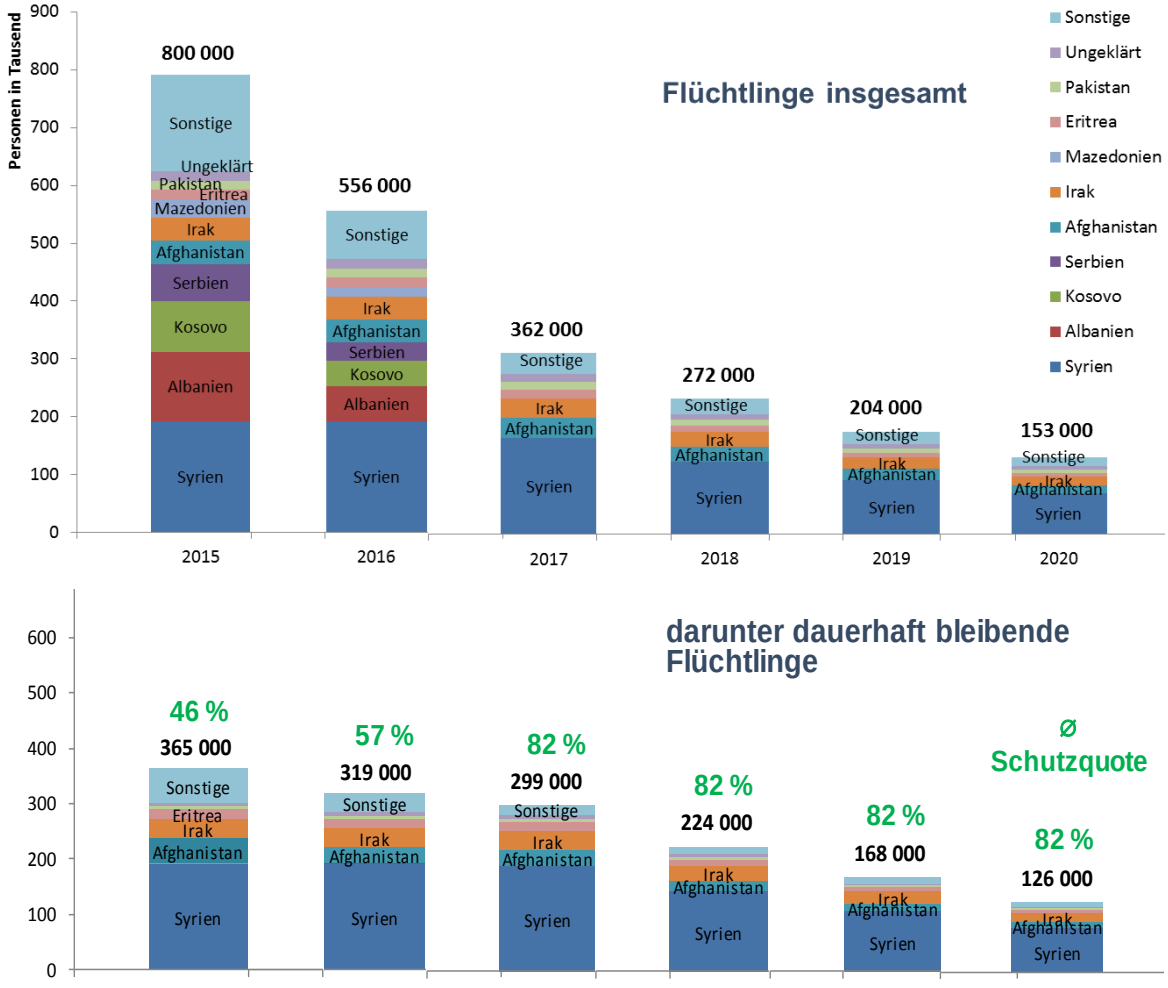
Die Alters- und Geschlechtsverteilung geben Hinweise auf die Zahl und Größe der Haushalte, die mit der Ansiedlung der Flüchtlinge in Deutschland entstehen werden. Für eine grobe Abschätzung wird unter Anwendung der in Abbildung 5 dargestellten Prognosezahlen zunächst ausgehend von der Anzahl der Kinder die Zahl der Familienhaushalte abgeleitet, die verbleibenden Frauen mit Männern zu kinderlosen Paarhaushalten zusammengefügt und zuletzt die restlichen Männer mit Einpersonenhaushalten gleichgesetzt. Die Zahl der neuen Haushalte beträgt in Folge rund 178 000 Stück, was in Bezug zur bislang in Deutschland registrierten Haushaltszahl von 40,2 Millionen einem Zuwachs um 0,4 % entsprechen würde. Mehr als die Hälfte entfällt auf die genannten Einpersonenhaushalte, während rund ein Drittel der Haushalte sich aus vier Personen zusammensetzt und einen

entsprechend großen Wohnraumbedarf mitbringt. Die großen Haushalte wären damit unter den Flüchtlingen proportional stärker vertreten als in Deutschland insgesamt. Im Fall des Familiennachzugs bei den bislang alleinstehenden Männern würden die Haushaltsgrößen dort zudem noch steigen.

2.4 ABSCHÄTZUNG DER ZUWANDERUNG 2015 BIS 2020

Ausgehend von 800 000 Flüchtlingen im Jahr 2015 und der angenommenen Schutzquote von 46 % werden rund 365 000 Asylbewerber dauerhaft in Deutschland bleiben. Zudem wird in diesem Jahr voraussichtlich erneut ein Wanderungsüberschuss in Höhe von schätzungsweise rund 300 000 mit den europäischen Ländern erzielt sowie in Höhe von 100 000 mit Drittstaaten. Insgesamt errechnet sich ein Wanderungsgewinn von 765 000 Personen, womit 2015 so viele Menschen nach Deutschland zuwandern würden wie seit dem Jahr 1992 nicht mehr.

Abbildung 6: Prognose der Flüchtlingszahlen 2015–2020



Quelle: eigene Berechnungen

In Anbetracht der unsicheren Lage in den Herkunftsländern ist auch in den kommenden Jahren eine erhöhte Flüchtlingseinreise zu erwarten. Für den Zweck einer Prognose bis 2020 wird angenommen, dass die Immigration aus den Kriegsgebieten bis 2017 stabil

bleibt und erst danach gleichmäßig zurückgeht, während die Einreise aus den Balkanstaaten bereits 2017 ausläuft. Demnach würde die gesamte Zahl der Flüchtlinge bereits 2016 auf 556 000 und bis 2020 auf 153 000 zurückgehen. Unter Anwendung der länderspezifischen Schutzquoten, die für die Bürgerkriegsländer hoch und für übrige niedriger sind, errechnet sich, dass ein wachsender Anteil der Flüchtlinge dauerhaft bleiben wird und die Zahl der bleibenden Flüchtlinge daher im Zeitverlauf nur langsam sinkt. Insgesamt würde dies einen Wanderungsgewinn von rund 1,5 Millionen bis 2020 allein durch die Asylmigration bedeuten (s. Abbildung 6). Nicht berücksichtigt sind dabei der mögliche Familiennachzug durch die Einwanderer, die Kinder der Flüchtlinge, die in diesen Jahren hier geboren werden, sowie eine mögliche Rückwanderungswelle in die Heimatländer nach einigen Jahren. Auch ein möglicher zusätzlicher oder rasant zunehmender Anstieg der Flüchtlingszahlen durch eine Verschlimmerung der globalen Krisensituation wird nicht unterstellt.

3 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RECHENWERTE ALS STRUKTURGEBER MÖGLICHER FOLGEN DER FLÜCHTLINGSBEWEGUNGEN

3.1 BRUTTOINLANDSPRODUKT ZUR BEURTEILUNG DER LEISTUNGSFÄHIGKEIT

Die ökonomische Leistungsfähigkeit eines Landes wird gerne mit dem Bruttoinlandsprodukt dargestellt. Dieses kann von der ***Entstehungsseite*** und von der ***Verwendungsseite*** ermittelt werden. Auf der Entstehungsseite geht es darum, wie viel produziert wird und welche Wertschöpfung erarbeitet werden kann. Es entstehen Löhne und Gewinne. Die Verwendungsseite beschreibt Konsum und Investition sowie den Export.

Die Flüchtlingsbewegungen verändern beide Seiten des Bruttoinlandsproduktes: Wenn in Flüchtlingsheimen die tägliche Versorgung mit Mahlzeiten sichergestellt wird (Verwendungsseite), werden z. B. Caterer (Entstehungsseite) die Mahlzeiten anliefern. Um dieser dualen Sichtweise gerecht zu werden, werden als Blaupause für die Überlegungen möglicher ökonomischer Folgen der Flüchtlingsbewegungen die Input-Output-Tabellen herangezogen, welche einen Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes darstellen. Auf Basis einer stilisierten Darstellung werden die unterschiedlichen Aspekte diskutiert.

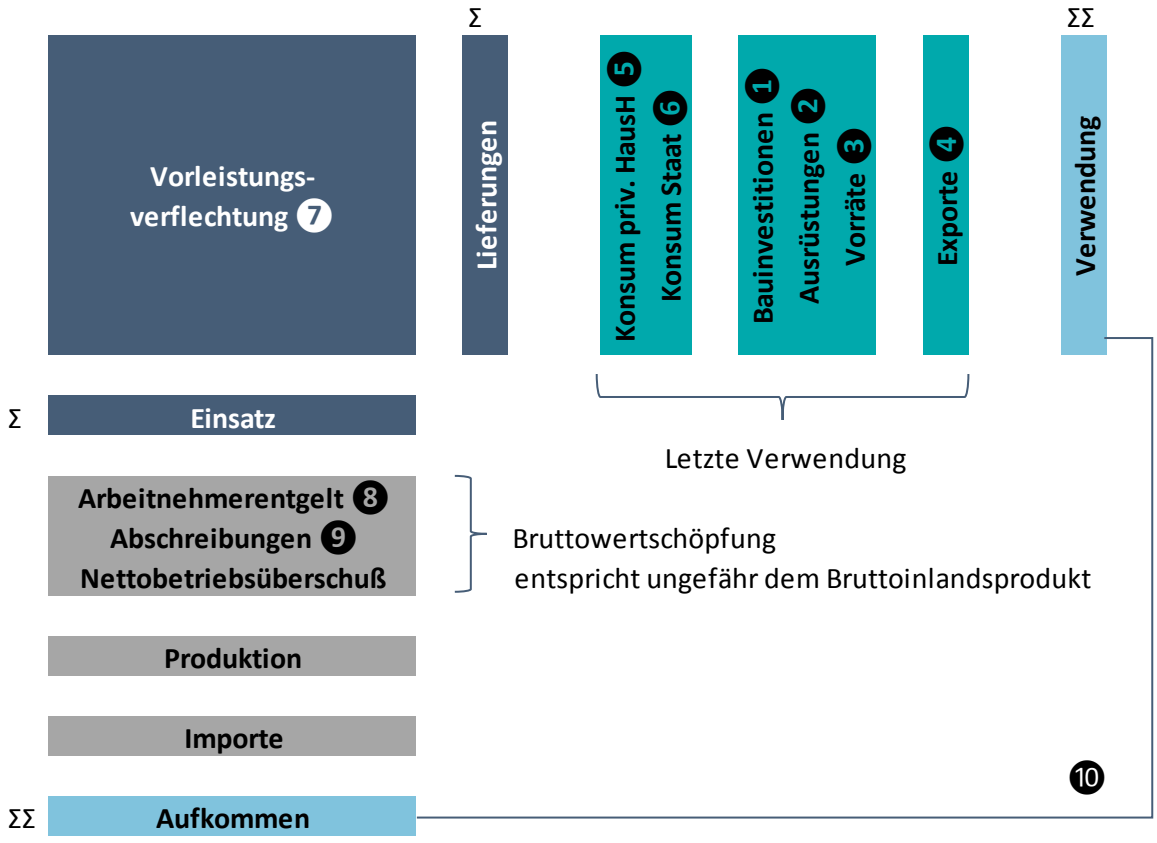
Damit können allerdings nicht alle Anknüpfungspunkte aufgespürt werden: Zwar enthalten die Input-Output-Tabellen die Arbeitnehmerentgelte, die in den Produktionsbereichen gezahlt werden, diese sind jedoch Ausdruck des realisierten Bedarfs des Arbeitseinsatzes. Damit ergibt sich also nur ein Anknüpfungspunkt zur Arbeitsmarktnachfrage. Was fehlt, ist das Arbeitsangebot und die Verknüpfung zur übrigen ökonomischen Entwicklung. Daher wird neben der Input-Output-Rechnung auch der Arbeitsmarkt zur Ableitung von Folgen herangezogen.

3.2 FOLGEN FÜR PRODUKTION UND NACHFRAGE

Unter den oben diskutierten Einflüssen und Zusammenhängen werden die Stellschrauben (Parameter) im Modell INFORGE (vgl. Maier et al. 2015, Ahlert et al. 2009, Distelkamp et al. 2003) für eine Realisierung von Szenariorechnungen in Deutschland beschrieben. Die im Folgenden diskutierten Stellgrößen beziehen sich auf die hinter dem Modell stehenden Datensätze des Statistischen Bundesamtes, v. a. die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Diskussion der Eingriffe erfolgt entlang der Input-Output-Tabelle in

Abbildung 7. Die jeweiligen möglichen Eingriffe werden im Folgenden erläutert und können über die jeweilige Nummerierung in der Input-Output-Tabelle verortet und nachvollzogen werden.

Abbildung 7: Schematische Darstellung der Input-Output-Tabelle



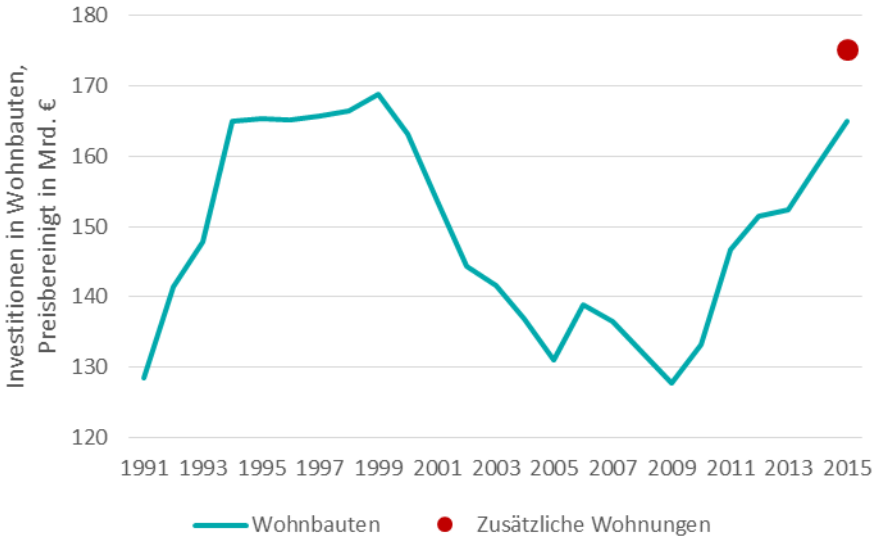
Quelle: eigene Darstellung

Die Nachfrage nach Bauinvestitionen 1 wird sich deutlich verändern. Dabei sind grundsätzlich kurz- und langfristige Wirkungen zu unterscheiden. Anfangs geht es um eine Erstunterbringung, die in ausreichender Kapazität aufgebaut bzw. wieder nutzbar gemacht werden muss. Das Aufstellen von Container-Siedlungen, der Aufbau und Anschluss von sanitären Anlagen u. Ä. wird nach der Ersthilfe durch z. B. das technische Hilfswerk an das Ausbaugewerbe übergehen. Die Renovierungsarbeiten an Kasernen oder anderen Einrichtung wird ebenfalls von Ausbaugewerbe getätigt werden. Da aber ein großer Teil der Flüchtlinge längere Zeit, wenn nicht sogar dauerhaft, in Deutschland bleiben wird, wird

der Wohnungsbau zulegen müssen. Dabei muss der bereits jetzt schon in Großstädten festzustellende Neubaubedarf berücksichtigt werden und die damit bisher verbundenen Anstrengungen (z. B. Hamburg: 6000 Wohnungen pro Jahr, Handelsblatt 2015) nicht zurückgefahren werden. Daraus ergeben sich erhebliche Herausforderungen für das Baugewerbe.

Eine Abschätzung der zusätzlichen Wohnungsbauinvestitionen kann nur überschlägig erfolgen – sowohl bezüglich des Zeitpunktes/-raumes als auch hinsichtlich der Höhe. Wird beispielsweise angenommen, dass bis 2020 eine zusätzliche Einwanderung in Höhe von 1 000 000 Personen entsteht, dann werden mittel- und langfristig ca. 250 000 neue Haushalte entstehen, wenn durchschnittlich vier Personen pro Haushalt leben. Sollen für diese Haushalte auch Wohnungen gebaut werden und gelten die gleichen veranschlagten Kosten pro Wohnung (ca. 200.000 € pro Wohnung), dann werden in den nächsten Jahren 50 Mrd. € ausgegeben werden. Selbst wenn diese Investitionen in fünf Jahren erfolgen sollen, erhöhten sich die Bauinvestitionen um 10 Mrd. € pro Jahr. Zusammen mit den vermutlich „normalen“ Wohnungsbauinvestitionen des Jahres (2015) ergeben sich die höchsten Bauinvestitionen seit der Wiedervereinigung (Abbildung 8).

Abbildung 8: Mögliche Folgen für die Wohnungsbauinvestitionen



Quelle: StBA 2015f, eigene Darstellung und Berechnung

Mit den höheren Bauinvestitionen gehen höhere Finanzierungsanforderungen einher. Die können aus dem Marktmechanismus kommen (Vermietung) und/oder aus der privaten Ersparnis und Konsumverzicht (private Haushalte) und/oder dem öffentlichen Bereich (Wohnungsbauförderung und sozialer Wohnungsbau).

Die Ausrüstungsinvestitionen ❷ sind im Vergleich zu den Bauinvestitionen weniger betroffen. Allerdings wird es durch Zweit-Rundeneffekte zu einer Steigerung kommen: Die Bauinvestitionen lösen zusätzliche Nachfragen nach Materialien, Baustoffen, Werkzeugen etc. aus, die wiederum produziert werden müssen. Dazu können Kapazitätsausweitungen notwendig werden, die für höhere Ausrüstungsinvestitionen sorgen. Die Wirkungen werden aber deutlich kleiner ausfallen als bei den Bauinvestitionen. Einen weiteren Teil der

Bruttoanlageinvestitionen stellen die Vorratsveränderungen ❸ dar: Sie geben Auskunft über die Veränderung der Lagerhaltung: Negative Werte stehen für eine Verringerung des Lagers. Prinzipiell sind größere Lagerhaltungen denkbar (Container, Kleidung, Lebensmittelt), eine Abschätzung der Höhe nach ist zurzeit jedoch nicht möglich.

Während die Punkte ❶ bis ❸ vor allem die notwendigen oder wünschenswerten Investitionen beschreiben, geht es bei den folgenden Punkten um eine Veränderung der Nachfrage nach Gütern. Diese kann prinzipiell durch veränderte Preise ausgelöst werden: Produkte können günstiger oder teurer werden. Ferner kann eine zusätzlich Nachfrage entstehen. Schließlich gibt es „begleitende“ Nachfrage, die sich zum Beispiel in einem höheren Bedarf nach Aus- und Weiterbildung ausdrückt.

Die Exporte Deutschlands ❹ werden, vereinfacht gesprochen, von der Entwicklung der Importnachfrage anderer Länder und der preislichen Wettbewerbssituation deutscher Produkte geprägt (Großmann et al. 2015). Hinzu kommen langfristige Beziehungen zwischen Lieferant und Empfänger und auch qualitative Unterschiede deutscher Produkte. Sichtbar wird Letzteres an der Güterstruktur deutscher Exporte, die einen Schwerpunkt auf Chemie, Maschinenbau und Fahrzeugbau haben. Eine solche Schwerpunktbildung ist nicht ausschließlich auf preisliche Wettbewerbsvorteile zurückzuführen.

Die Folgen für die Exporte gehen auf indirekte Wirkungen zurück. Denkbar ist, dass die Flüchtlinge, in Abhängigkeit von gesetzlichen Regelungen, früher oder später das Arbeitsangebot erhöhen und somit den in Zukunft auftreten Engpassfaktor „Arbeit“ (Maier et al. 2014) verringern, sodass mehr für den Export hergestellt werden kann. Gleichzeitig kann aber auch eine steigende Inlandsnachfrage insgesamt für größere heimische Märkte sorgen, sodass Exporte verdrängt werden. Beide Wirkungen werden über geänderte Preisentwicklungen vermittelt werden.

Für die Nachfrage privater Haushalte ❺ gilt Ähnliches wie für die Bauinvestitionen: Kurzfristig werden sich die ökonomischen Folgen deutlich von den langfristigen unterscheiden. Während anfangs den Flüchtlingshaushalten nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, über die sie frei verfügen können (Sachleistung vor Geldleistung), ist es mittel- und langfristig denkbar, dass zumindest eine Person des Haushalts einer Erwerbsarbeit nachgehen kann, die dann zu Lohneinkommen führt. Nicht selten streben Personen mit ausländischen Wurzeln selbstständige Tätigkeiten an (vgl. z. B. Brixy et al. 2011, Struminskaya 2011, KfW 2015). Da die Ausstattung mit Ver- und Gebrauchsgütern der Flüchtlingshaushalte eine ganz andere ist, als die eines in der EVS ermittelten heutigen Durchschnitthaushaltes (Einkommens und Verbrauchsstichprobe EVS des Statistischen Bundesamtes), ist davon auszugehen, dass prinzipiell ein hoher Nachholbedarf besteht (Wohnungsausstattung, elektronische Geräte, Fahrzeuge etc.). Selbst Haushalte mit Transfereinkommen haben höhere Einnahmen und damit anfangs höhere Konsumausgaben als die neuen Flüchtlingshaushalte. Im Zuge des Aufholprozesses ist davon auszugehen, dass die Sparneigung dieser Haushalte deutlich geringer ist als die des Durchschnittshaushalts. Später werden sich die Sparquoten wahrscheinlich angleichen.

Um eine Idee von einem möglichen Nachfrageimpuls zu bekommen, werden verschiedene Vierpersonenhaushalte und deren monatliche Konsumausgaben dargestellt: Angestellte, Arbeiter, Arbeitslose. Die Konsumausgaben der drei Gruppen nehmen mit dem verfügbaren Einkommen der Reihenfolge nach ab. In Kombination des Konsumverhaltens

mit der bereits oben genutzten Zuwanderungszahl ergibt sich ein Spektrum der Nachfrageimpulse von 5,6 Mrd. € bis 10,9 Mrd. €. Es ist ungewiss, wann bzw. ob sich ein Flüchtlingshaushalt verhält wie einer der dargestellten durchschnittlichen Haushalte aus der EVS (Statistisches Bundesamt 2010). Sicher ist, dass eine Integration in die Arbeitswelt einhergehend mit einem höheren verfügbaren Einkommen die potenziellen Nachfragewirkungen eines Haushalts deutlich verändern kann.

Tabelle 1: Konsum privater Haushalte nach ausgewählten Merkmalen

	Konsumausgaben pro Monat, Vierpersonenhaushalte		
	Angestellte	Arbeiter	Arbeitslose
pro Monat in €	3620	2859	1857
pro Jahr in €	43440	34308	22284
1 000 000 Personen in Mrd. €	10,9	8,6	5,6

Quelle: StBA 2010, eigene Darstellung und Berechnung

Zudem ist die Finanzierung wichtig: Auch Angestellten- und Arbeiterhaushalte beziehen Transfers (z. B. Kindergeld), allerdings bezieht ein Arbeitslosenhaushalt laut EVS fast nur Transfers. In jedem Fall ergeben sich Folgen für das Sozialversicherungssystem.

Um die Wirkungen in dem hier als Blaupause verwendeten Modell INFORGE möglichst sachgerecht abbilden zu können, können z. B. zu den 45 bisherigen Haushaltstypen des Modells ein oder mehrere Haushaltstypen von Flüchtlingen hinzugefügt werden. Eine solche Erweiterung der Modellierung wird die spezifischen Wirkungen, die ein Übergang eines Flüchtlingshaushalts von einem Transfer zu eigenem Einkommen hat, deutlicher sichtbar machen.

Die Konsumausgaben des Staates ❻ sind der Teil der Staatsausgaben, der direkt mit der Nachfrage von Gütern und Leistungen verbunden ist. So zählen z. B. Transferzahlungen des Staates zu den Staatsausgaben aber nicht zum Konsum des Staates. Sachmittelbezugsscheine sind als Staatskonsum im Rahmen der Staatsausgaben zu sehen. Die Flüchtlingsbewegungen werden also beide Größen beeinflussen und stets wird sich die Frage nach der Finanzierung stellen. Die Höhe zusätzlicher Finanzierung (etwa aus Überschüssen, zusätzlichen Steuereinnahmen oder Verschuldung) hängt entscheidend davon ab, ob insgesamt eine Wachstumssteigerung erreicht werden kann oder nicht.

Die Konsumausgaben des Staates werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach der COFOG[2]-Gliederung erfasst. Auf der obersten Ebene der Gliederung werden zehn Aufgabenbereiche unterschieden, die in Tabelle 2 dargestellt werden.

Fast alle Aufgabenbereiche sind von der Flüchtlingsbewegung berührt: Verwaltung (z. B. BAMF), Ordnung und Sicherheit, Wohnungswesen, Freizeitgestaltung oder auch Soziale Sicherung. Das Gesundheitswesen, also die gesetzliche Krankenversicherung, wird Ausgabensteigerungen erfahren, da der Kreis der Versicherten zunimmt. Das Bildungswesen wird sich auf mehrfache Weise verändern: Neben allgemeinbildenden Schulen werden Berufsschulen und Hochschulen/Universitäten betroffen sein. Gleichzeitig ist das Erlernen der Sprache eine wichtige Voraussetzung für die Integration und damit für die spätere

[2] International einheitliche Klassifikation der Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen

Beteiligung am Berufsleben. Bleiben die Pro-Kopf-Ausgaben unverändert, werden zusätzliche Zuwanderungen von 1 000 000 Mio. Menschen rund 7,1 Mrd. € zusätzliche Konsumausgaben des Staates verursachen.

Tabelle 2: Gliederung der Ausgaben und des Konsums des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Stand 2014

COFOG Nr.	Aufgabenbereiche Überblick	Ausgaben des Staates	davon Konsumausgaben	Anteile
01	Allgemeine öffentliche Verwaltung	184,774	50,022	27%
02	Verteidigung	29,545	28,409	96%
03	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	45,407	37,549	83%
04	Wirtschaftliche Angelegenheiten	96,301	35,609	37%
05	Umweltschutz	17,186	5,833	34%
06	Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen	11,800	6,442	55%
07	Gesundheitswesen	209,740	192,707	92%
08	Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und Religion	23,493	15,157	65%
09	Bildungswesen	124,866	99,889	80%
10	Soziale Sicherung	547,587	92,429	17%
	Insgesamt	1 290,699	564,046	44%

Quelle: StBA 2015f, eigene Darstellung

Allerdings ist nicht zu erwarten, dass sich die Aufgabenbereiche proportional steigern. So sind die Ausgaben der Krankenversicherung nicht nur von der Anzahl der möglichen Patienten, sondern auch von deren Alter und dem Geschlecht abhängig. So werden für jüngere Männer weniger Gesundheitskosten anfallen als für ältere Frauen (StBA 2010). Da die Flüchtlinge verglichen mit der bestehenden Bevölkerung sehr jung sind und der Anteil der Männer besonders hoch, sind die Ausgabensteigerungen in der Krankenversicherung wahrscheinlich unterproportional zum Anstieg der Bevölkerung.

Auch wenn ein Teil der „Sozialen Sicherung“ Konsumausgaben sind (92 Mrd. €), ist es der überwiegende Teil nicht (455 Mrd. €). Zur sozialen Sicherung gehören die Ausgaben für Alter und Hinterbliebene (Rentenversicherung), Familien und Kinder, Arbeitslosigkeit und Soziale Hilfe (s. Tabelle 3).

Tabelle 3: Gliederung der Ausgaben des Staates für soziale Sicherung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Stand 2014

COFOG Nr.	Aufgabenbereiche 10 Soziale Sicherung	Ausgaben des Staates	davon Konsumausgaben	Anteile
10.1	Krankheit und Erwerbsunfähigkeit	87,097	33,960	39%
10.2	Alter	265,590	17,365	7%
10.3	Hinterbliebene	53,992	0,119	0%
10.4	Familien und Kinder	45,021	14,919	33%
10.5	Arbeitslosigkeit	52,359	3,869	7%
10.6	Wohnraum	12,759	0,928	7%
10.7	Soziale Hilfe, a.n.g.	10,419	4,880	47%
10.8	Angewandte Forschung und exp. Entwicklung	0,118	0,063	
10.9	Soziale Sicherung, a. n. g.	20,232	16,326	81%
	Insgesamt	547,587	92,429	17%

Quelle: : StBA 2015f , eigene Darstellung

Obwohl es sich bei den genannten Ausgaben um Transferzahlungen handelt und sie damit nicht Teil des Bruttoinlandsproduktes sind, wirken sie aber auf die Finanzierungsnotwendigkeit des Staates (insbesondere auf die Sozialversicherungen) und damit auch indirekt auf dessen Konsumausgaben, die zum Ausgleich von höheren Transfers zurückge-

fahren werden könnten.

Die Folgen der Migration auf die einzelnen Ausgaben sind schwer abzuschätzen: Die Rentenversicherung ist ein Umlagesystem, d. h. es kommt vereinfacht gesprochen darauf an, in welchem Verhältnis sich Einzahler und Empfänger gegenüberstehen und wieviel pro Kopf eingezahlt bzw. entnommen wird. Für die Rentenversicherung besteht die Hoffnung, dass bei einer gelungenen Integration – zumindest vorübergehend – die Anzahl der Einzahler stärker steigt als die der Empfänger und somit eine relative Entlastung eintritt. Bei der Arbeitslosenversicherung z. B. kann das anders sein. Wenn die Integrationsbemühungen auch durch die Bundesagentur für Arbeit mit gestaltet werden (z. B. Deutschkurse, Weiterbildung), so werden mehr Mittel entnommen ohne dass anfangs auch zusätzliche Zahlungen aus Versicherungsbeiträgen eingehen. In späteren Jahren kann sich das ändern. Die Anzahl der Erwerbslosen kann höher sein als in einer Situation ohne Zuwanderung, sodass vergleichsweise mehr Arbeitslosengeld gezahlt werden muss (Brückner et al. 2015).

Die Ausgaben für Kinder und Familie (u. a. Kindergeld) und auch die für Wohnraum (z. B. Wohngeld) werden zunehmen. Am einfachsten abschätzbar ist noch das Kindergeld: Sind 25 % der Flüchtlinge jünger als 20 Jahre, dann steigen die Ausgaben um 0,5 Mrd. € pro Jahr.

Im Ergebnis werden die Ausgaben in den Aufgabenbereiche des Staates, die mit Transfers oder Konsumnachfrage verbunden sind, steigen. Gleichzeitig sind aber auch entlastende Wirkungen z. B. bei der Rentenversicherung denkbar. Entscheidend ist auch hier die Integration in den Arbeitsmarkt. Je mehr Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt ein Lohneinkommen erzielen können, desto kleiner werden die Notwendigkeiten für Transferzahlungen und umso größer werden die entlastenden Wirkungen.

Zum Schluss der Diskussion der Konsumausgaben des Staates wird das Bildungswesen herausgehoben: Die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes ging noch von einer zurückgehenden Anzahl potenzieller Schüler aus. Die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung weist bereits eine Stagnation aus. Mit der Flüchtlingsbewegung nimmt der Zuzug an jungen Menschen deutlich zu. Für das Bildungssystem bedeutet das bereits ohne Berücksichtigung der zusätzlichen Anforderungen, z. B. wegen fehlender Deutschkenntnisse, einen höheren Bedarf an Personal.

Die Vorleistungsverflechtung ❼ der Produktionsbereiche in der Input-Output-Tabelle untereinander gibt Auskunft über die Lieferungen („Welche Güter werden an welche Produktionsbereiche geliefert?“) (Zeile) und die Kostenstruktur (Spalte). Letztere gibt an, was an Gütern und Leistungen in welchem Umfang eingesetzt werden muss, um die Produktion zu ermöglichen.

Die gesamte Verflechtung ist indirekt von den Veränderungen der Nachfrage betroffen (❶ & ❻. Steigt die Nachfrage nach z. B. Autos, nimmt auch die Produktion bei Zulieferern zu. Hinzu kommen direkte Wirkungen. Beispielsweise ist es denkbar, dass Unternehmen, die Flüchtlinge einstellen, verstärkt Ausgaben für Weiterbildung tätigen.

Die Wertschöpfung besteht (vereinfacht) aus Arbeitnehmerentgelten ❽ (Personalkosten), Abschreibungen ❾ und Nettobetriebsüberschüssen (ähnlich zum Gewinn). Die Arbeitnehmerentgelte sind von mehreren Einflussfaktoren betroffen, die unter dem Gliede-

rungspunkt Arbeitsmarkt diskutiert werden. Grundsätzlich führt ein Anstieg der Produktion aufgrund zusätzlicher Nachfrage zu einer höheren Wertschöpfung, wenn die Kosten für die bezogenen Vorleistungen nicht zu stark steigen.

Die Abschreibungen ❾ werden direkt vom Investitionsgeschehen ❶&❷ beeinflusst: So werden z. B. Aufwendungen für neue Maschinen über die gewöhnliche Nutzungsdauer verteilt und in Form von Abschreibungen auf der Kostenseite erfasst. Gleichzeitig kann technologischer Fortschritt dazu führen, dass Maschinen nicht mehr eingesetzt werden, da eine solche Produktion nicht mehr wirtschaftlich ist oder die mit der Maschine erzeugten Güter keine Nachfrage mehr finden. In beiden Fällen kann es zu außergewöhnlichen Abschreibungen kommen, die durch eine Verringerung der gewöhnlichen Nutzungsdauer ausgelöst werden. Für die Abschreibungen sind wegen der Flüchtlingszahlen nur geringe Veränderungen zu erwarten, da nur wenig Ausrüstungsinvestitionen getätigt werden und die Wohnbauten nur sehr langsam (über 50 Jahre) abgeschrieben werden.

Die übrigen, nicht diskutierten Größen werden in der Regel zumindest indirekt beeinflusst. Das gilt z. B. für die Importe. Deutschland hat hohe Außenhandelsüberschüsse. Die Zuwanderung sorgt für größere inländische Nachfrage (Konsum und Investitionen). Da insbesondere bei Konsumgütern der Importanteil (d. h. die importierten Vorleistungseinsätze bzw. das Endprodukt) sehr hoch ist, ist mit einer steigenden Importnachfrage zu rechnen; zumindest solange, bis die neuen Haushalte auf einem für Deutschland normalen Ausstattungsniveau sind. Der Außenhandelsüberschuss kann sich dadurch verringern.

Die Produktion ist das Ergebnis von Angebot (Preissetzung) und Nachfrage (❶ bis ❻). Die Preissetzung kann wie in INFORGE durch Berechnung der Wirtschaftszweigspezifischen Stückkosten erfolgen, welche sich aus dem Verhältnis des Vorleistungseinsatzes zuzüglich Lohn und Abschreibung relativ zur preisbereinigten Produktion ergeben.

Aufgrund der Fülle der Zuwanderungseinflüsse auf das Wirtschaftsgeschehen ist a priori keine Aussage über das Gesamtergebnis, also die Veränderung des Bruttoinlandsproduktes und die Anzahl und Struktur der Erwerbstätigen, möglich. Sämtliche diskutierten Folgen wirken sich letztlich auf die gesamte Verwendung bzw. auf das gesamte Aufkommen aus. Schließlich müssen wegen der hinter der Input-Output-Tabelle stehenden doppelten Buchführung Aufkommen und Verwendung jedes produzierten Gutes gleich sein ❿. In Folge dessen werden sowohl Veränderungen der Nachfrage als auch solche des Angebotes zu einem neuen Ergebnis führen.

Die notwendige Entsprechung von gesamtem Aufkommen und gesamter Nachfrage bedeutet aber auch, dass z. B. das Baugewerbe, das bereits heute an Kapazitätsgrenzen stößt, auch die zusätzlich nachgefragten Wohnungen erstellen können muss. Die hohe Auslastung der Betriebe ist am Bauüberhang zu erkennen, der zum Ende des vergangenen Jahres (2014) bereits bei über 400 000 Wohnungen lag und im aktuellen Jahr weiter anwachsen wird (StBA 2015e). Gleichzeitig wird es für die Branche zunehmend schwierig, ihr Personal entsprechend der Auftragslage aufzustocken, denn Facharbeiter mit bauhauptgewerblichen Berufen sind am Markt rar und es fehlt an Nachwuchs in der Ausbildung. Um ihre Lücke zu füllen, bemühen sich Handwerksbetriebe nun darum, Einstiegschancen für junge Flüchtlinge zu eröffnen. Neben dem konventionellen Wohnungsbau bietet sich für die Unterbringung der Flüchtlinge zudem der Bau von Unterkünften in Modulbauweise an, aber auch in diesem Segment sind die Anbieter bereits für Monate im

Voraus stark ausgelastet. Zu vermuten ist daher, dass ein Teil der Nachfrage durch ausländische Firmen bedient werden wird.

Die gewählte Darstellung ist eine Vereinfachung. So werden, ausgelöst durch die diskutierten Eingriffe, die Lohn- und Gewinneinkommen verändert. Daraus ergeben sich Folgen für das Budget des Staates (direkte und indirekte Steuern) und der privaten Haushalte (verfügbares Einkommen). Die veränderten Einnahmen des Staates und der privaten Haushalte werden wiederum zu Veränderungen der öffentlichen und privaten Konsumausgaben führen.

3.3 FOLGEN FÜR DEN ARBEITSMARKT

Die soeben beschriebene Produktion, welche sich in Abhängigkeit von Nachfrage und Preisentwicklungen ergibt, bestimmt den Bedarf auf dem Arbeitsmarkt wesentlich. Eine Ausweitung derselben führt i. d. R. zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Möglichkeit, diese Plätze auch zu besetzen, ist stark davon abhängig, ob es ein ausreichendes Angebot gibt, das auf die Stellenbeschreibung passt. Um eine Vorstellung der Geschehnisse auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen, werden im Rahmen des QuBe-Projektes (www.qube-projekt.de) Anstrengungen unternommen, um eine möglichst detaillierte Abbildung von Angebot und Bedarf zu erreichen. Sowohl auf der Angebotsseite wie der Bedarfsseite wird zwischen 54 Berufsfeldern unterschieden. Auf der Angebotsseite wird eine Detaillierung nach Alter und Geschlecht vorgenommen und das Bildungssystem integriert. Auf der Bedarfsseite werden die Bedarfe nach den 54 Berufsfeldern für 63 Branchen einzeln betrachtet (Maier et al. 2014b).

Über die Flüchtlinge ist zurzeit nur wenig bekannt, welche schulischen oder beruflichen Qualifikationen vorliegen (Brücker et al. 2015). Detaillierte Untersuchungen sind weiterhin darauf angewiesen, dass zusätzliche Informationen gehoben werden können. Eine Quelle weiterer Informationen kann sich aus den Verfahren im Rahmen des Anerkennungsgesetzes ergeben. Aber auch gröbere Abschätzungen sind schwierig: Es liegen zwar Informationen über die Alters- und Geschlechtsstruktur der Zuwanderer vor, wodurch die Folgen für das Arbeitsangebot annähernd abgeschätzt werden können, wenn diese Informationen mit den durchschnittlichen Erwerbsbeteiligungsquoten nach Alter und Geschlecht kombiniert werden, das gilt aber nur für die „normale“ Zuwanderung und kann im Fall der Flüchtlinge nicht angewendet werden. Schon das ILO-Kriterium für die Bestimmung der Erwerbspersonen, also jener Personen, die am Erwerbsleben teilnehmen wollen, versagt, da sicher ein großer Teil der Flüchtlinge im entsprechenden Alter die ILO-Frage nach dem Erwerbswunsch mit „Ja“ beantworten würden, aber gar kein tatsächliches Arbeitsangebot abgeben kann, da Flüchtlinge nicht sofort arbeiten dürfen. Und selbst wenn sie dürften, ist es fraglich, ob sie im Rahmen der Vorranguntersuchung zum Zuge kämen. Ferner werden Flüchtlinge umso willkommener sein, je größer ihre Sprachkompetenz ist. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Flüchtlinge früherer Jahre über zehn Jahre brauchen, um eine Erwerbsquote von 70 % zu erreichen (Brücker et al. 2015, S. 10).

Stellen wir die Frage also anders: Kann der deutsche Arbeitsmarkt ein zusätzliches Angebot gut aufnehmen? Verschiedene Modellrechnungen (Maier et al. 2014b, PrognosAG 2015) kommen zu dem Urteil, dass es durch die demografische Entwicklung mittel- und langfristig entweder zu einer Hemmung des Wachstums kommt oder der skizzierte

Wachstumspfad nur realisiert werden kann, wenn mehr Personen da sind, bzw. die vorhandenen deutlich mehr arbeiten (u. a. Rente mit 67, steigende Jahresarbeitszeit, steigende Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben).

Aktuell sind vor allem Qualifikationen im Bereich der beruflichen Ausbildung gefragt. Vor allem das Baugewerbe und das Handwerk können ihre Lehrstellen nicht besetzen. Das ist doppelt misslich, da es bereits jetzt schon ungenutzte Möglichkeiten gibt (offene Stellen) und zu erwarten ist, dass zumindest vorübergehend die Anforderungen genau an das Baugewerbe auch noch zunehmen werden (s. o.).

Ferner ist grundsätzlich davon auszugehen, dass eine zunehmende Bevölkerung auch positive Wirkungen auf das Wachstum hat (Sonnenburg et al. 2015, Stöver & Wolter 2015, Bock-Schappelwein et al. 2008). Das bedeutet, dass auch in anderen Branchen spezifische Qualifikationen und Berufe nachgefragt werden und nicht nur das Baugewerbe gefordert ist. Es ist also zu erwarten, dass durchaus eine große Zahl der Zuwanderer eine Chance auf einen Arbeitsplatz hat. Davon abgesehen ist auch zu erwarten, dass sich ein Teil der Zuwanderer selbstständig macht und sogar selbst Arbeitsplätze schafft (Brixy et al. 2011, Struminskaya 2011, KfW 2015).

Hier schließt sich der Kreis: Mit einem verbesserten Zugang zum Arbeitsmarkt steigen die Chancen auf ein eigenes Einkommen und damit eine größere Konsummöglichkeit. Gleichzeitig reduziert sich die Notwendigkeit, Transfers zu finanzieren und die positiven Wirkungen der jüngeren Altersstruktur auf die Sozialversicherungen – insbesondere die Rentenversicherung – werden stärker.

4 ZENTRALE ROLLE DER INTEGRATION AUS ÖKONOMISCHER SICHT

Es gibt eine große Unsicherheit hinsichtlich der Folgen der Zuwanderung: Informationen oder Vorstellungen darüber, wie viele Flüchtlinge heute (2015) und zukünftig kommen werden, gibt es kaum. Es bleibt nur die Vermutung, dass sich die geopolitischen Probleme in Kürze nicht auflösen werden und der Prozess damit anhalten wird. Ferner geben die skizzierten möglichen Nachfrageimpulse oder Finanzierungen sowie Arbeitsmarktwirkungen ein weites Spektrum an zukünftigen Entwicklungen im Zuge der Immigration. Auch wird sich nur bei der Berücksichtigung von Impuls, Wirkung und Rückwirkung ein vollständiges Bild der Folgen ergeben.

Ohne Modellrechnungen unter Nutzung von Szenariorechnungen vor einem gesamtwirtschaftlichen ökonomischen Hintergrund wird kaum eine Abschätzung gelingen. Annahmen, die in ein Modell eingespeist werden können, müssen untereinander konsistent sein. Es wird deutlich, dass die Annahmen und ihre Beziehung zueinander von der Einschätzung geprägt sind, wie schnell und zu welchem Grad die Zuwanderer in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Ferner sollten die Annahmen möglichst detailliert sein und möglichst konkrete Parameter ansprechen. Modellrechnungen, die die Zuwanderung der Flüchtlinge wie eine durchschnittliche Zuwanderung behandeln, sind in ihren Aussagen verzerrt. Für den Zweck einer präzisen, langfristigen Schätzung der Bevölkerungsentwick-

lung arbeitet die GWS deshalb an einem eigenen demografischen Modell.

Entscheidend für die ökonomischen Folgen der Zuwanderung von Flüchtlingen ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Mit dem Arbeitsplatz verbinden sich Einkommen und Konsummöglichkeiten, die wiederum zu Nachfrage und Arbeitsplätzen führen können.

Die ökonomische Integration wird ferner umso besser verlaufen, je stärker das vergrößerte Produktionspotenzial auch Absatzmöglichkeiten im In- und Ausland findet. Wenn die Flüchtlingshaushalte deutlich konsumfreudiger (Nachholbedarf) sind als die übrigen Haushalte und die tatsächlich neuen Märkte im Ausland gefunden werden können, verbessert sich die Situation.

Letztlich stellt sich die Frage, was „Verbesserung“ bedeutet. Reicht es aus, dass die neuen Haushalte grundversorgt sind und die übrigen ihren Lebensstandard halten können? Reicht es ferner aus, auf das Bruttoinlandsprodukt zu schauen? Während die erste Frage schwer zu beantworten ist, da normative Entscheidungen notwendig sind, ist die zweite Frage eindeutig mit „Nein“ zu beantworten. Es bedarf eines breiten Indikatorensystems, das im Rahmen von Szenariorechnungen die unterschiedlichen Wirkungen getroffener Annahmen identifizieren kann (vgl. Drosdowski et al. 2015).

5 LITERATUR

Ahlert, G., Distelkamp, M., Lutz, C., Meyer, B., Mönnig, A. & Wolter, M. I. (2009): Das IAB /INFORGE-Modell. In: Schnur, P. & Zika, G. [Hrsg]: Das IAB/INFORGE-Modell. Ein sektorales makroökonometrisches Projektions- und Simulationsmodell zur Vorausschätzung des längerfristigen Arbeitskräftebedarfs. IAB-Bibliothek 318, Nürnberg, S. 15–175.

Bock-Schappelwein, J., Bremberger, C., Hierländer, R., Huber, P., Knittler, K., Berger, J., Hofer, H., Miess, M. & Strohner, L. (2008): Die ökonomischen Wirkungen der Immigration in Österreich 1989–2007. Wien.

Brixy, U., Sternberg, R. & Vorderwülbecke, A. (2011): Unternehmensgründungen von Migranten – Ein Weg zur ökonomischen und sozialen Integration. IAB Kurzbericht 8/2011.

Brücker, H., Hauptmann, A. & Vallizadeh, E. (2015): Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. In: IAB Aktuelle Berichte. 14/2015.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2015a): Bundesamt in Zahlen 2014 – Asyl, Migration und Integration, Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2015b): Aktuelle Zahlen zu Asyl – Tabellen, Diagramme, Erläuterungen. Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2015c): Verteilung der Asylbewerber 2015, http://www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/Asylverfahren/Verteilung/verteilung.html, Abruf am 02.10.15. 12:00.

Bundesministerium des Innern (BMI) (2012): Migrationsbericht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung, Migrationsbericht 2010, Berlin.

Bundesministerium des Innern (BMI) (2015): Migrationsbericht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung, Migrationsbericht 2013, sowie ältere Ausgaben, Berlin.

Bundesministerium des Innern (BMI) (2015b): Wir müssen neue Antworten auf die Migrationsfragen geben. Zahl der Asylanträge in 2015 steigt. Pressemitteilung vom 08.05.2015, http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/05/zahl-der-asylantraege-steigt.html.

Distelkamp, M.; Hohmann, F.; Lutz, C.; Meyer, B.; Wolter, M. I. (2003): Das IAB /INFORGE-Modell: Ein neuer ökonometrischer Ansatz gesamtwirtschaftlicher und länderspezifischer Szenarien. In: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB), Band 275, Nürnberg.

Drosdowski, T., Lehweß-Litzmann, R., Stöver, B. & Wolter, M.I. (2015): Bedingungen für Teilhabe: Zur indikatorbasierten Messung eines gesellschaftlichen Potenzials. soeb-Working-Paper 2015-4, Göttingen.

Großmann, A., Mönnig, A. & Wolter, M. I. (2015): TINFORGE – Trade in the INterindustry FORecasting GErmany Model. Paper presented at the 23rd conference of the International Input Output Association in Mexico City (Mexico).

Handelsblatt (2015): Hamburger Preise steigen ungebremst – In der zweitteuersten Stadt des Landes wird so viel gebaut wie lange nicht. In: Handelsblatt Print-Ausgabe, 26./27./28.06.2015, S. 32 f.

KfW (2015): KfW-Gründungsmonitor 2015, Tabellen- und Methodenband, Frankfurt a. M..

Maier, T., Mönnig, A. & Zika, G. (2015): Labour demand in Germany by industrial sector, occupational field and qualification until 2025 – model calculations using the IAB/INFORGE model. In: Economic Systems Research Vol. 27 Issue 1. Pp. 19–42.

Maier, T., Zika, G., Mönnig, A., Wolter, M. I., Kalinowski, M., Haenisch, C., Helmrich, R., Schandock, M., Neuber-Pohl, C., Bott, P. & Hummel, M. (2014b): Löhne und berufliche Flexibilitäten als Determinanten des interaktiven QuBe-Arbeitsmarktmodells. Ein Methodenbericht zur Basisprojektion der dritten Welle der BIBB-IAB Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen. WISSENSCHAFTLICHE DISKUSSIONSPAPIERE, Schriftenreihe des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), Heft 148, Bonn.

Maier, T., Zika, G., Wolter, M. I., Kalinowski, M., Helmrich, R., Schandock, M., Hummel, M., Haenisch, C., Mönnig, A., Neuber-Pohl, C. & Bott, P. (2014): Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung. Aktuelle Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030 unter Berücksichtigung von Lohnentwicklungen und beruflicher Flexibilität. BIBB Report 23/14.

Prognos AG (2015): Arbeitslandschaft 2040. Studie im Auftrag des Verbands der bayrischen Wirtschaft.

Sonnenburg, A., Stöver, B., Ulrich, P. & Wolter, M. I. (2015): Auswirkungen des demographischen Wandels auf Branchen in Deutschland und potenzielle Rückwirkungen auf Hamburg – Endbericht. Studie im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Hamburg.

Statistisches Bundesamt (StBA) (2010): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum 2008. Fachserie 15 Heft 5, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (StBA) (2010): Gesundheit. Krankheitskosten. Fachserie 12 Reihe 7.2, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (StBA) (2015a): Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (StBA) (2015b): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Wanderungsergebnisse 2014, erschienen am 03.09.2015, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (StBA) (2015c): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Wanderungen, Fachserie 1 Reihe 1.2, erschienen am 23.02.2015, sowie ältere Ausgaben, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (StBA) (2015d): Bevölkerung (Zensus): Deutschland, Stichtag, Geschlecht, Altersgruppen, Genesis Tabelle 12111-0004, Zugriff am 27.08.2015, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (StBA) (2015e): Bautätigkeit und Wohnungen: Bautätigkeit 2014, Fachserie 5 Reihe 1, erschienen am 26.08.2015, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (StBA) (2015f): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Inlandsproduktrechnung, detaillierte Jahresergebnisse 2014, Fachserie 18 Reihe 1.4, erschienen am 07.09.2015, Wiesbaden.

Stöver, B. & Wolter, M. I. (2015): Ökonomische Wirkungen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. GWS Discussion Paper 15/5, Osnabrück.

Struminskaya, B. (2011): Selbständigkeit von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland: Ursachen ethnischer Unternehmung. SOEPpapers 418.